

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 20.03.2025

Zu TOP: 9.5

Mehr finanzielle Zuschüsse zur Kitatagesförderung

Einreicher: AfD-Fraktion

Vorlage: AN 0021/2025

Frau Graf erläutert den vorliegenden Antrag AN 0021/2025 ausführlich. Mit der neuen Gesetzeslage zur Kostenverteilung werde der finanzielle Spielraum der Hansestadt Stralsund erheblich eingeschränkt. Sie kritisiert zudem die rückwirkende Geltung ab 01.01.2025.

Frau Kindler regt an, in derartigen Angelegenheiten über die Landtagsfraktionen zu agieren. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei merkt sie an, dass es dem Land M-V im Zusammenwirken mit dem Städte- und Gemeindetag M-V nunmehr endlich gelungen sei, eine einheitliche Satzung für ganz M-V zu regeln. Damit werden den Kitas in einem Landesrahmenvertrag festgelegte Strukturen gegeben.

Zudem könne der Oberbürgermeister über den Städte- und Gemeindetag M-V an die politisch Verantwortlichen herantreten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei werde den Antrag ablehnen.

Herr Dr. Zabel hält für die Fraktion CDU/FDP den Kern des Antrages für nachvollziehbar. Gleichwohl bestünden noch Unklarheiten, z.B. Adressierung. Die Abstimmung zum Antrag sei innerhalb der Fraktion CDU/FDP freigegeben.

Herr Quintana Schmidt stellt für die Fraktion DIE LINKE. den Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung des Antrages AN 0021/2025 zur Beratung in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe, um die finanziellen Auswirkungen für die Hansestadt Stralsund zu prüfen.

Herr Haack spricht sich für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit für eine Zustimmung zum Antrag AN 0021/2025 aus. Die direkte Kontaktaufnahme mit der Landesregierung durch den Oberbürgermeister werde als förderlich erachtet.

Herr Philippen ergänzt, dass auf die Hansestadt Stralsund erhebliche Mehrkosten zukommen werden. Nach seiner Auffassung werde die kostenfreie Kita auf die Kommunen runtergebrochen.

Der Oberbürgermeister stellt die rückwirkende Beschlussfassung des Landtages M-V in den laufenden Haushalt der Kommunen in Frage.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Verweisung des Antrages AN 0021/2025 zur Beratung in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend stellt Herr Paul den Antrag AN 0021/2025 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für mehr finanzielle Zuschüsse zur Kindertagesförderung einzusetzen, um die durch das "Dritte Gesetz zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in MV" entstandene Mehrbelastung für die Stadt zu kompensieren.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2025-VIII-02-0098

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 03.04.2025